

Werter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, sehr geehrte Anwesende,

nachdem Sie die wichtigsten Eckwerte des Haushalts 2026 soeben gehört haben, steige ich mit einem kurzen Rückblick auf den Haushaltsverlauf 2025 ein.

Der Haushaltsplan 2025 wurde vom Gemeinderat am 26. Februar 2025 verabschiedet. Eine Aktualisierung durch Nachtragspläne war nicht notwendig. Selbstverständlich kann ich Ihnen zum heutigen Zeitpunkt noch keine verlässlichen Abschlussdaten nennen.

Mit dem Bericht über den Vollzug des Haushaltsplans 2025 haben wir im September informiert, dass sich der laufende Haushalt insgesamt besser entwickelt als erwartet. Nach aktuellem Stand rechnen wir mit einer deutlichen Verbesserung - und zwar um rund 11,6 Mio. Euro.

Erfreulicherweise liegen wir bei der Gewerbesteuer inzwischen 2,0 Mio. Euro über dem Haushaltsansatz von 46 Mio. Euro. Damit konnten wir im Vergleich zum September eben um die 2,0 Mio. Euro zulegen.

Bei der Grundsteuer liegen wir mit 300.000 Euro etwas über dem Haushaltsansatz von 9,0 Mio. Euro. Hier trifft uns dann in 2026 eine leichte Reduzierung, da wir Berichtigungen in größerer Zahl erwarten.

Bei den Finanzaufwendungen, Steueranteilen und Umlagen rechnen wir mit einer Verbesserung von 200.000 Euro.

Wie bereits im Bericht über den Vollzug des Haushaltsplans 2025 erwähnt unterschreiten wir die erwarteten Erträge aus Verkehrsordnungswidrigkeiten wegen fehlender Rotlichtüberwachung und des wartungsbedingten Ausfalls des Enforcement-Trailers um nunmehr 400.000 Euro.

Zudem erwarten wir für Personal 500.000 Euro weniger Aufwendungen als geplant.

Mit Blick auf die Veränderungen in den Teilhaushalten 1 bis 8 sind weitere Verbesserungen von rund 200.000 Euro absehbar.

Allein 150.000 Euro haben wir Rückflüssen bei den Betriebskosten für die Kindergärten zu verdanken.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - immerhin 35 Mio. Euro schwer - sind noch rund 8,8 Mio. Euro nicht ausgegeben. Zu nennen sind hier die beiden größten Positionen - einmal mit 3,0 Mio. Euro die Aufwendungen für Unterhaltung der Gebäude und des sonstigen unbeweglichen Vermögens und zum anderen mit 1,3 Mio. Euro die Aufwendungen für Energie und Reinigung. Damit haben wir auch den vorgegebenen Globalen Minderaufwand von 1,8 Mio. Euro übertroffen - und das sogar signifikant.

Nach dem Streifzug durch die Haushaltswirtschaft 2025 wende ich mich nun den Zahlen des Haushaltsplanentwurfs 2026 zu.

Der Haushaltsplanentwurf 2026 schließt im Ergebnishaushalt mit ordentlichen Erträgen von 166.733.419 Euro und ordentlichen Aufwendungen von 183.839.969 Euro ab. Für einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt fehlen uns 17.106.550 Euro.

Schauen wir uns die Ertragsseite des Haushaltsplanentwurfs 2026 genauer an, stellen wir fest, dass wir bei den Steuern, Steueranteilen und Finanzaufweisungen im Vergleich zu 2025 zwar zugelegt haben, aber deutlich weniger als zuvor.

Planten wir in diesem Jahr mit 140,5 Mio. Euro, gehen wir für das nächste Jahr von 143,7 Mio. Euro aus. Das sind Mehrerträge von 3,2 Mio. Euro. Ziemlich genau heute vor einem Jahr erwarteten wir im Haushaltsplanentwurf 2025 noch eine Steigerung für das nächste Jahr von 9,1 Mio. Euro. Noch schlechter sieht es mit Blick auf die Finanzplanung 2025 für 2026 aus. Dort wurden 146,7 Mio. Euro prognostiziert. Das wären dann noch einmal 3 Mio. Euro, die wir weniger haben. Eigentlich müssten wir sogar die alte Zielmarke von 146,7 Mio. Euro deutlich übertreffen.

Nicht geändert hat sich die Dominanz dieser Positionen auf der Ertragsseite unseres Ergebnishaushalts. Die Steuern, Steueranteile und Finanzaufweisungen machen mit 143,7 Mio. Euro stattliche 86 Prozent der Erträge aus.

Meine Damen und Herren, nach wie vor ist die Gewerbesteuer unsere größte Einnahmequelle. Die Steuerschätzung sieht für die Kommunen in Baden-Württemberg Mindereinnahmen von 526 Mio. Euro in diesem Jahr und 630 Mio. Euro im nächsten Jahr vor. Der Grund dafür ist vor allem der teilweise erhebliche Einbruch der Gewerbesteuer. Zum Glück sieht es bei uns voraussichtlich nicht so düster aus. Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass wir nicht mit 46 Mio. Euro planen könnten, wenn wir nicht mit hohen Nachzahlungen rechnen dürften. Vielleicht müssen wir an dieser wichtigen Position nochmal nachjustieren.

Unsere zweite große Einzelposition ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Wir haben uns am Haushaltserlass 2026 orientiert und die Steuerprognose von Oktober einfließen lassen. Mit 36,6 Mio. Euro liegen wir um 1,7 Mio. Euro über dem Ansatz in 2025. Gerade hier gilt, dass die Einkommensteuer gewöhnlich von Jahr zu Jahr deutlicher ansteigt. Gleichwohl ist festzuhalten, dass das nominale Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren bei leichtem realen Bruttoinlandsprodukt-Wachstum um knapp 4 Prozent wächst. Die Steigerung bei der Einkommensteuer liegt weniger beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, sondern beruht stärker auf Preissteigerungen.

Aufgrund der höheren Steuerkraftmesszahl sinken die Schlüsselzuweisungen etwas, und zwar um 1,2 Mio. Euro. Um den gleichen Betrag erhöht sich dafür der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Auch bei der Investitionszuschuss bekommen wir gut 500.000 Euro mehr als in diesem Jahr.

Ich komme nun zur Aufwandsseite. Bei den Personalaufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr die Ansätze um fast 2,2 Mio. Euro auf beinahe 53,3 Mio. Euro. Wie Herr Oberbürgermeister Just vor wenigen Minuten erläutert hat, liegt die Erhöhung nicht an zusätzlich geschaffenen Stellen. Grund hierfür sind vor allem Tarif- und Besoldungsabschlüsse sowie Stufenaufstiege.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bewegen wir uns mit 31,6 Mio. Euro deutlich unter dem Vorjahres-Niveau, und zwar um 3,3 Mio. Euro. Dieser Aufwandsposten beinhaltet im Wesentlichen die Gebäude- und Grundstücksunterhaltung,

die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze, die Mieten und Pachten, die Gebäudewirtschaftung, die gebäudebezogenen Versicherungen, die Fahrzeugunterhaltung, EDV-Aufwendungen und die Kosten für Aus- und Fortbildungen sowie die Lehr- und Unterrichtsmittel der Schulen. Hauptgrund hierfür sind Reduzierungen wegen der schlechten Haushaltslage.

Bei den um knapp 1 Mio. Euro gestiegenen Abschreibungen zeigen die ersten doppelten Rechnungsabschlüsse und die Fortschreibung der getätigten Investitionen der letzten Jahre ihre Wirkung.

Die mit Abstand größte Position auf der Aufwandsseite bleiben die Transferaufwendungen. Betrug der Ansatz 2025 noch 82,1 Mio. Euro, planen wir für 2026 mit 84,4 Mio. Euro. Das sind Mehraufwendungen von 2,3 Mio. Euro. Grund hierfür ist die Kreisumlage, für die wir 33,0 Mio. Euro eingeplant haben. Das ist eine Steigerung um 3,5 Mio. Euro. Erfreulicherweise reduzieren sich die Zuschüsse an Zweckverbände um gut 900.000 Euro.

Bei den übrigen Aufwandsgruppen zeigen sich nur kleinere Veränderungen.

Durch die Veranschlagung eines globalen Minderaufwands von 1,8 Mio. Euro sowie einer Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses kann der Haushaltsausgleich im Jahr 2026 gewährleistet werden.

Neben den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind im Gesamtergebnishaushalt auch die außerordentlichen Erträge und außerordentlichen Aufwendungen zu veranschlagen. Dies sind solche Erträge und Aufwendungen von nicht untergeordneter Bedeutung, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anfallen und auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen beruhen, insbesondere Gewinne und Verluste aus Vermögensveräußerungen. Sie ergeben sich jeweils aus der Differenz zwischen dem Veräußerungserlös und dem Buchwert.

Es werden außerordentliche Erträge aus der Verwertung der Grundstücke im Entwicklungsgebiet Allmendäcker in Höhe von 480.000 Euro erwartet. Planbare außerordentliche Aufwendungen sind keine bekannt. Das Sonderergebnis beläuft sich somit auf 480.000 Euro. Das Gesamtergebnis beträgt minus 16.626.550 Euro.

Wir kommen nun zum Finanzhaushalt des Gesamthaushalts. Der Gesamtfinanzhaushalt enthält vollständig alle Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit sowie aus Finanzierungstätigkeit.

Eine zentrale Kennzahl ist der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts, d.h. aus der laufenden Verwaltungstätigkeit. Um den Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts zu erhalten, müssen die ordentlichen Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts um die nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt werden. Nicht zahlungswirksam sind beispielsweise die Abschreibungen, die Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen sowie die Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen.

Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts sollte mindestens so hoch sein wie die Auszahlungen für die ordentliche Tilgung, so dass die Kommune zumindest in der Lage ist, aus dem laufenden Geschäft ihren Schuldendienstverpflichtungen nachzukommen. Der verbleibende Teil steht zur Finanzierung der Investitionen zur Verfügung. Die Stadt Weinheim kann – wie schon in den letzten Jahren – auch in 2026 keinen Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts ausweisen. Es entsteht ein Zahlungsmittelbedarf von 10,3 Mio. Euro. Somit leistet der Ergebnishaushalt keinen Beitrag zur Finanzierung der Tilgungen, ganz zu schweigen von einem Beitrag zur Finanzierung von Investitionen.

In der Regel sind die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit höher als die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit. Das ist in 2026 besonders stark ausgeprägt. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von gut 2,4 Mio. Euro stehen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von rund 20,4 Mio. Euro gegenüber. Wir planen daher mit einem Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von rund 18 Mio. Euro.

Werte Damen und Herren, unabhängig von den Einzelveranschlagungen in den jeweiligen Teilhaushalten finden Sie eine Auflistung unserer Einzahlungen aus Investitionstätigkeit wie auch unserer Auszahlungen, insbesondere der größeren Bauvorhaben auf den Seiten 38 bis 41 im Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf.

Weiter geht es mit den Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit. Im Ergebnis planen wir mit einem Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit von gut 1,8 Mio. Euro. Das bedeutet, dass wir in 2026 unsere Schulden weiter abbauen. Kreditaufnahmen haben wir keine geplant. An Darlehenstilgungen planen wir im nächsten Jahr 1.828.100 Euro, 97.000 Euro davon sind zur Tilgung von Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften - genauer für unser Waldschwimmbad. Damit haben wir die Sanierung des Waldschwimmbads nach nunmehr 22 Jahren abgezahlt.

Nach dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans 2026 entwickelt sich die Verschuldung der Stadt - ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte - wie folgt:

- Der voraussichtliche Schuldenstand zum 1. Januar 2026 beträgt 22,5 Mio. Euro.
- Um 1,7 Mio. Euro wollen wir unsere Schulden abbauen.
- Kreditaufnahmen haben wir keine eingeplant.
- Das ergibt einen voraussichtlichen Schuldenstand Ende 2026 von 20,8 Mio. Euro.

Dies bedeutet eine voraussichtliche Pro-Kopf-Verschuldung zum Jahresbeginn 2026 von 491 Euro, zum Jahresende 2026 von 454 Euro.

Auch die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften bauen wir ab. Wir rechnen mit einem Stand Ende 2026 von voraussichtlich 2,7 Mio. Euro.

Die vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 27,6 Mio. Euro. Davon stehen 17,4 Mio. Euro in 2027 zur Auszahlung an, in 2028 sind es 5,8 Mio. Euro und in 2029 immerhin noch 4,4 Mio. Euro.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde wieder auf 18,0 Mio. Euro festgesetzt.

Dass wir in 2026 keine Kreditaufnahmen planen müssen, liegt an unserer noch hohen Liquidität. Nach den vorläufigen Rechnungsergebnissen bis zum Jahresende 2025 wird voraussichtlich ein Stand an liquiden Eigenmitteln von rund 46,9 Mio. Euro erreicht werden.

Nach der Planung für 2026 ergibt sich eine Reduzierung des Finanzierungsmittelbestands um fast 30,1 Mio. Euro. Das ist schon ein gewaltiger Griff in unsere Geldschatulle. Mit Blick auf den Gesamtfinanzhaushalt überrascht dieses Ergebnis wenig. Der hohe Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts von rund 10,3 Mio. Euro, der noch höhere Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von fast 18 Mio. Euro und die Tilgung von 1,8 Mio. Euro fordern ihren Tribut.

Kommen wir zur Mittelfristigen Finanzplanung. Im gesamten Finanzplanungszeitraum gelingt es nicht, das mit der Einführung der Doppik verfolgte Ziel, nämlich den mit der kommunalen Aufgabenerfüllung verbundenen Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften, zu erreichen. Das bedeutet, dass wir im gesamten Finanzplanungszeitraum jeweils ein negatives ordentliches Ergebnis erwarten – und das immer im zweistelligen Millionenbereich.

Nach -17,1 Mio. Euro in 2026, planen wir in 2027 mit -11,4 Mio. Euro. In 2028 landen wir bei -10,8 Mio. Euro und in 2029 dann bei -16,2 Mio. Euro.

Welche grundsätzlichen Annahmen liegen der Finanzplanung der Ergebnishaushalte zu Grunde?

In der Regel werden die Ansätze des Jahres 2026 in die folgenden Jahre übernommen. Bei den Personalaufwendungen wurde ein jährlicher Steigerungssatz von 3 Prozent eingerechnet. Des Weiteren wurden die Aufwendungen für den ÖPNV aus der Finanzplanung des Rhein-Neckar-Kreises und die Erträge aus Konzessionsabgaben und Gewinnanteilen der Stadtwerke Weinheim entsprechend derer Wirtschaftsplanung in die Finanzplanung der Stadt Weinheim übernommen. Bei den Entgelten wurde mit einer jährlichen Steigerung von 150.000 Euro geplant. Bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer wurde mit jährlichen Steigerungen von 1 Mio. Euro geplant.

Die, insbesondere bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gekürzten Beträge wurden auf diesem niedrigen Niveau in die Folgejahre übernommen. Daraus folgt, dass wir durch die verlangsamte Steigerung bei den Aufwendungen bei zwar gleichzeitig schwächeren, aber dennoch leicht steigenden Steuererträgen unser negatives Ergebnis etwas drücken können. Ab 2028 merken wir dann bei den Zinsaufwendungen eindrucklich, wie sich Kreditaufnahmen sofort im Ergebnishaushalt negativ bemerkbar machen. Des Weiteren bewirkt unsere hohe Steuerkraftsumme in 2027 eine deutlich höhere FAG- und Kreisumlage im Jahr 2029.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bewegen sich in den nächsten Jahren auf hohem Niveau. In 2026 sind 20,4 Mio. Euro eingeplant. In 2027 sind sogar 27 Mio. Euro vorgesehen. Auch in 2028 und 2029 planen wir mit für diesen längeren Zeithorizont außergewöhnlich hohen Beträgen - 19,8 Mio. Euro in 2028 und 16,5 Mio. Euro in 2029.

Neben der Fortsetzung des Neubaus von Kita Kuhweid und Mehrgenerationshaus sind Investitionen für weitere Kindergärten sowie Mittel für den Erwerb und die Erweiterung von Anschlussunterbringungen eingeplant. Mit fast 5,0 Mio. Euro für Hochwasserschutzmaßnahmen, rund 5,3 Mio. Euro für den Ausbau barrierefreier Haltestellen, rund 12,0 Mio. Euro für die Sanierung von Straßen und 3,0 Mio. Euro zur Sanierung der Laufbahn im Sepp-Herberger-Stadion wird deutlich in den Ausbau und den Erhalt des Infrastrukturvermögens investiert. Von einer Vollbremsung kann daher keine Rede sein.

Für die Entwicklung unserer Liquidität spielt neben dem Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit eine wichtige Rolle. Er errechnet sich aus der Subtraktion der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beläuft sich in 2026 auf 18 Mio. Euro. Mit 18,2 Mio. Euro haben wir einen ähnlich hohen Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit auch für das Jahr 2027. Im Jahr 2028 beträgt der Finanzierungsmittelbedarf 2,9 Mio. Euro. Dies liegt vor allem an hohen Investitionszuwendungen und hohen Erlösen aus dem Verkauf von Grundstücken. In 2029 wiegen diese beiden Positionen noch einmal deutlich schwerer. Eins ist klar: Kommen die Veräußerungserlöse nicht wie geplant, können wir froh sein, wenn sich auch die geplanten Investitionsmaßnahmen verzögern.

Sehr geehrte Damen und Herren, im gesamten Finanzplanungszeitraum erwarten wir negative Ergebnishaushalte. Die ordentlichen Ergebnisse sind auch in solch einem Maße negativ, dass wir in keinem Jahr der Finanzplanung einen Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts ausweisen können, sondern einen Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts haben. Das bedeutet, dass wir keine freie Spitze haben, um Investitionen bezahlen zu können. Wir müssen an unsere Rücklagen.

Wenn sich die Steuereinnahmen mittelfristig nicht signifikant verbessern, können wir in Zukunft Auszahlungen aus Investitionstätigkeit nicht mehr in dem Maße wie bislang planen. Um ab 2027 unsere Investitionen bezahlen und überhaupt noch liquide Eigenmittel im gesetzlich vorgeschriebenen Maß ausweisen zu können, sind Kreditaufnahmen erforderlich. Zur Finanzierung der Investitionen sind im Jahr 2027 Kreditaufnahmen von 11 Mio. Euro, im Jahr 2028 in Höhe von 9 Mio. Euro sowie von 4 Mio. Euro im Jahr 2029 erforderlich. In den Jahren 2027 und 2028 liegen wir damit knapp über unserer Mindestliquidität. In 2029 liegen wir sogar etwas darunter, was jedoch unsere Haushaltsgenehmigung nicht gefährdet.

Nach unserer Finanzplanung bauen wir in den nächsten 2 Jahren unsere Liquidität um rund 51 Mio. Euro ab. Da wir Anfang 2026 bei rund 47 Mio. Euro starten, bedeutet das, dass wir bei weiter anhaltenden negativen Ergebnishaushalten Kassenkredite aufnehmen müssen und zur Finanzierung unserer Investitionen stets Kredite benötigen.

Mal abgesehen von der Thematik Haushaltsgenehmigung belasten Kredite unsere Ergebnishaushalte nachhaltig. Ich habe Ihnen vor wenigen Minuten mitgeteilt, dass wir im nächsten Jahr unsere letzte Rate für die Finanzierung unseres Waldschwimmbads entrichten. Wir haben dann neben der Tilgung dieser Investitionsmaßnahme in Höhe von 4,3 Mio. Euro noch Zinsen in Höhe von 2,35 Mio. Euro aufbringen müssen. Das macht in Summe 6,65 Mio. Euro.

Und Alles, was eine Kommune macht, ist leider ein Verlustgeschäft - ansonsten würde es garantiert ein Privater tun. Rechnen wir zu den Kapitalkosten noch die jährlichen Betriebsverluste hinzu, haben wir in den letzten 20 Jahren für eines von vier Bädern rund 12 Mio. Euro ausgegeben – und das für einen viermonatigen Betrieb pro Jahr.

Meine Damen und Herren, Haushaltskonsolidierung ist für alle schwierig. Sowohl die Verwaltungsspitze als auch die Verwaltung wollen unsere lebenswerte, ja lebenswerte Stadt erhalten. Sie, die Damen und Herren des Gemeinderats, ziehen da sicherlich am selben Strang. Zudem haben Sie eine besondere Verantwortung, denn Sie haben das Etatrecht und es als Entscheider besonders schwer. Machen wir uns nichts vor: Niemand wird gewählt, um der Bevölkerung etwas lieb Gewonnenes oder Bequemes wegzunehmen.

Hinzu kommt, dass die Aufwandseite unseres Ergebnishaushalts zumindest mittelfristig größtenteils Fixkostencharakter hat. Das gilt für den Personalaufwand und das gilt für die Folgekosten aller unserer Immobilien, angefangen bei den Kosten für die Bewirtschaftung bis hin zu den Abschreibungen.

Wenn die Stadt ein Gebäude errichtet oder gekauft und saniert hat, hören mit der Begleichung der letzten Handwerkerrechnung die Ausgaben nicht auf. Es ist vielmehr der Grundstein zum Geld-Ausgeben erst gelegt. Wir haben nicht nur die Kapitalkosten zu stemmen und die Abschreibungen zu erwirtschaften. Wir müssen auch die Immobilie bewirtschaften und unterhalten. Diese Aufwendungen zählen mit den Personalaufwendungen zu den größten Positionen im städtischen Haushalt.

Warum sage ich das? Die Brüchigkeit der Einnahmeseite erleben wir gerade. Steuererhöhungen sind auch nicht unbegrenzt möglich.

Neben vielen kleinen Einsparungen, die den Anfang machen und ebenfalls zum Ziel führen – lenken sie uns doch alle letztendlich zu einer geänderten Haltung – ist die Anpassung unseres Immobilienbestands an unsere Finanzkraft einer der großen Hebel. Das geht nicht von heute auf morgen. Wir bekommen aber unsere Möglichkeiten, wenn wir das ernsthaft wollen.

Auch wenn Optimismus wichtig ist, dürfen wir nicht den Blick auf die Realität verlieren.

Blicke ich zurück, begegnet mir immer irgendwie Krise. An die Finanzkrise kann ich mich auch noch sehr gut erinnern, mussten wir doch von heute auf morgen die Haushaltseinbringung um einen Monat verschieben, weil die Gewerbesteuer plötzlich komplett eingebrochen war und der Haushaltsplanentwurf damit sofort Makulatur gewesen wäre. Dann gab es die Schuldenkrise gefolgt von Corona, ein wahrlich bis dahin völlig unbekannter Ausnahmezustand und seit Jahren beschäftigt uns die Klimakrise.

Aktueller und vor allem schwerer denn je machen uns die globalen handels- und geopolitische Konflikte und ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft zu schaffen.

Ich komme nun zum Ende meiner Rede und wie in den letzten Jahren empfehle ich Ihnen, mit einem Blick in den Vorbericht des Haushaltsplans zu starten.

Daneben zeigt das Sachkontenverzeichnis zusätzlich zu den Kontengruppen auch die dazu gehörenden Konten mit den jeweiligen Beträgen. Die einzelnen Zuschüsse können Sie der Übersicht über die Transferaufwendungen auf den Seiten 493 bis 499 entnehmen.

Zum Schluss danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern und Stabsstellen für deren Einsatz bei den internen Vorarbeiten. Mein besonderer Dank gilt meinem eigenen Haus, der Abteilung Finanzen und Haushalt. Hier haben alle hervorragende Arbeit geleistet. Auch gilt Herrn Oberbürgermeister Just mein besonderer Dank für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit wie auch Herrn Ersten Bürgermeister Buske. Überdies spüre ich Verständnis bei den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern, dass wir immer wieder aufs Neue die eine oder andere an sich sinnvolle Maßnahme aus finanzieller Sicht hinterfragen.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, bitte ich, den Entwurf des Haushaltsplans 2026 gewohnt sachlich und konstruktiv zu beraten und die dauernde Leistungsfähigkeit unserer Stadt im Auge zu behalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, dem in der Sitzungsvorlage vorgeschlagenen Verfahrensablauf zuzustimmen.

- Es gilt das gesprochene Wort -